
Wohnen – selbstbestimmt und bezahlbar

Wohnungsbau bedeutet die Übernahme von sozialer Verantwortung. Überschüsse der BAU AG sollen in den Bestand reinvestiert und nicht als Gewinne ausgeschüttet werden. Ferner muss die BAU AG die Möglichkeit haben, auch künftig in neue Projekte zu investieren. Wir wollen uns im Aufsichtsrat der BAU AG dafür einsetzen, dass

- die BAU AG ihre sozial ausgewogene Mietenpolitik fortsetzt,
- die sozialorientierte Vergabe von Wohnungen beibehalten wird,
- weitere NILS-Projekte, zum Beispiel auf dem alten PFAFF-Gelände, geschaffen werden,
- die Instandhaltung kontinuierlich fortgesetzt wird,
- die BAU AG eigenständig bleibt und ihre Ziele für die Stadtgesellschaft verwirklichen kann.

Ein Verkauf der BAU AG oder Anteile an Private ist für DIE GRÜNEN undenkbar. Wir GRÜNE stehen dafür ein, dass die BAU AG als städtisches Unternehmen weiterhin sozialen Wohnungsbau betreibt.

Sozial, ökologisch, wirtschaftlich – so soll die BAU AG auch künftig arbeiten. Dafür braucht es im Stadtrat und im Aufsichtsrat der BAU AG starke GRÜNE.

Mitmachen:

Die BAU AG ist für uns keine Finanzbeteiligung, die möglichst viel Rendite für den städtischen Haushalt erwirtschaften soll. Unser Ziel ist es, dass die BAU AG ein wichtiger Baustein für eine soziale Stadt bleibt.

Wenn Sie dieses Ziele unterstützen wollen, wählen Sie am 26. Mai an der Wahlurne oder vorher per Briefwahl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kontakt (und V.i.S.d.P.):

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kaiserslautern
Trippstadter Str. 25 • 67663 Kaiserslautern
Tel: +49 631 31090225
E-Mail: mail@gruene-kl.de

www.gruene-kl.de



Für Kaiserslautern

BAU AG

SOZIALES WOHNEN

GRUENE-KL.DE

Nils – Wohnen im Quartier

Es ist die Aufgabe der BAU AG, Wohnraum für unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen bereitzustellen. Ein positives Beispiel hierfür sind die NILS-Projekte in der Nachbarschaft der Goetheschule und an der Friedenstraße. „Nils – Wohnen im Quartier“ steht für nachbarschaftliches, inklusives, lebenswertes, selbstbestimmtes Wohnen im Stadtteil und ist ein innovatives Wohnprojekt.

- Zur Nutzung von schnellen Internetverbindungen wurde der gesamte Wohnungsbestand verkabelt.
- Das erste Mieterstrommodell wurde eingeführt.
- Es gibt ein Sozialmanagement und einen Einkaufsservice.



DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass diese positiven Entwicklungen fortgesetzt werden. Die BAU AG hat die Vorgaben der Klimastrategie der Stadt Kaiserslautern schon jetzt erreicht. Dies ist auch der guten Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, der seit elf Jahren vom Sozialdezernenten der GRÜNEN Joachim Färber geführt wird, zu verdanken.



Liebe Mieterinnen und Mieter der BAU AG,

wir hoffen, dass Sie sich in einer Wohnung der BAU AG wohl fühlen, Sie Ihre Miete als bezahlbar betrachten und auch in Zukunft bei der BAU AG wohnen bleiben wollen.

Wohnort, Wohnung – Ihr Zuhause ist ihr Lebensmittelpunkt! Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist die BAU AG sehr wichtig, um den sozialen Frieden in der Stadt zu sichern. Wir sehen die Bezahlbarkeit der Mieten für alle Menschen als wichtigsten Punkt der sozialen Ausrichtung der BAU AG an.

Wohnen ist ein Grundrecht und kein Spekulationsobjekt.

Diesem Grundsatz ist die BAU AG seit mehr als 90 Jahren verpflichtet. Sie prägt das Stadtbild bis heute und baut Siedlungen, in denen sich die Menschen wohlfühlen. Beispiele hierfür sind der Rundbau und die übrigen Häuser an der Königstraße oder die Häuser an der

Fischerstraße. Wir GRÜNE wollen, dass das so bleibt. Besonders in Zeiten, in denen bezahlbarer Wohnraum auch in Kaiserslautern immer knapper wird, wird ein städtisches Wohnungsbauunternehmen, das sozial, ökologisch und wirtschaftlich arbeitet, immer wichtiger.

Diese geschäftspolitische Ausrichtung der BAU AG muss beibehalten werden. DIE GRÜNEN wirken schon seit 1994 an der erfolgreichen Geschäftspolitik u.a. im Aufsichtsrat der BAU AG mit.

Wir sind maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass die BAU AG in städtischer Hand geblieben ist und nicht, wie von bestimmten politischen Kräften gewollt, privatisiert wurde. Wie wichtig dies heute ist, sehen wir an der Diskussion um die Enteignung von großen Wohnungsbauunternehmen zum Beispiel in Berlin.
